

Saale-Beitung.

Sechshundvierziger Jahrgang.

werden die 6 gestrichelten Kolonnen
ober dem Raum mit 30 Bl., welche
aus 20 Bl. besteht und in
unten Kolumnenstellen und allen
Kolumnen-Expositionen angemessen.
Kolumnen die Seite 75 Bl. für Halle,
auswärts 1 Bl.

Ersteinst täglich einmal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Druck-Verlags-
stelle: Halle, Gr. Brauhausplatz 17;
Redaktionsstelle: Platz 24

Nr. 83.

Halle a. S., Montag, den 19. Februar.

1912.

Der Kaiser läßt bestens danken!

Offiziös wird folgende Meldung verbreitet:
Bisher pflegte das ganze Präsidium des Reichstages, nachdem dem Kaiser gemeldet war, eine Audienz nachzusuchen. Der dann regelmäßig gewählte Empfang galt dem Präsidium in seiner Gesamtheit, nicht den einzelnen Personen, die ihm angehören. Wie wir erfahren, hat sich diesmal die Anfrage beim Oberhofmarschallamt wegen des Empfanges bei dem Kaiser nur auf den Präsidenten und den zweiten Vizepräsidenten des Reichstages bezogen. Darauf ist die Antwort ergangen, daß der Kaiser bestens danken lasse und „verbindet“ sei, die Herren zu empfangen. Diese Antwort wurde auf Vorhalt des Reichstanzlers gegeben, der dem Kaiser nicht empfehlen konnte, der Abweichung von der gewöhnlichen Regel zu folgen und sie damit gut zu heißen.

Ergänzend zu der vorstehenden, mehr als Kreislauf aufweisenden Mitteilung, wird ferner aus Asten, die dem Reichstagspräsidium naheheben, gemeldet: Dem üblichen Gesprächsgegenstand entsprechend ist zunächst dem Kaiser (s. r. s. l.) davon Mitteilung gemacht worden, daß die Konstituierung des Präsidiums des Reichstages erfolgt ist. Daneben ist an das Hofmarschallamt die Anfrage gerichtet worden, ob und wann der Kaiser den Präsidenten den Kampf und den zweiten Vizepräsidenten Dooz empfangen wolle. Die amtliche Mitteilung der kaiserlichen Willensäußerung dieser dem Reichstag am heutigen Montag bekannt gegeben werden.

Es bedürfte erst gar nicht in dem offiziellen Wortschatz des Reichstanzlers gegeben; denn, seit der Kanzlerrede am vergangenen Freitag, die in ihren Anzügen auf den 1. Vizepräsidenten des Reichstages, unter dessen Augen Herr Dr. von Bethmann Hollweg sprach, eine Brüstung der Mehrheit bedeutete, die Herrn Scheidemann aus wohl-erwogenen taktischen Gründen ihre Stimme gab, — seit dieser Rede, die in ihrer Art geistvoll gewesen sein mag, die politisch aber gefährlich wirken muß, wußte man, daß die Regierung, diese Reichstag nicht sonderlich hoch einschätzte.

In Konsequenz dieses Mangels an Achtung gegenüber dem Präsidium der deutschen Volksvertretung hat der verantwortliche Ratgeber der Krone bei seinem Anarchen dafür plädiert, einen Empfang des unvollständigen Reichstagspräsidiums abzulehnen. „Der Wahrheit tief verletzter Kern zu ergründen“ — wird für den nächsten Untertanenstand ebenso vergebens sein wie die Enttäuschung der philosophischen Gedanken in Bethmanns letzter Reichstagsrede.

Es wird offiziös ausgegeben, daß der Kaiser nur deshalb „verbindet“ ist, die beiden Präsidenten Rämpf und Dooz, zu empfangen, weil das Präsidium entgegen einem früheren Brauch — nicht in seiner Gesamtheit erscheinen wollte. Eine Verpflichtung des Präsidiums, in seiner Gesamtheit zu erscheinen, liegt aber nicht vor! Daß die „Gesamtheit“ eine Audienz beim Kaiser nicht nachsuchte, hat seinen Grund bekanntlich darin, daß der 1. Vizepräsident Sozialdemokrat ist und dieser aus Verbeugungen vor dem Proletariat ablehnt, vor dem Staatsoberhaupt zu erscheinen und diesem im persönlichen Umgang die jedem Staatsbürger zustehende schuldige Ehrfurcht zu erweisen. Man läßt sich in diesem Falle lieber von unten wie von oben regieren.

In anderen Ländern, wie in Frankreich und England, hat die Sozialdemokratie diese doktrinarischen Ideen längst abgestreift. Einem französischen sozialistischen Abgeordneten würde es niemals einfallen, sich der gesellschaftlichen Pflichten zu entziehen, die ihm seine parlamentarische Stellung, in welcher er mit dem Präsidenten der Republik zu verhandeln hätte, auferlegt, ebenso wenig wie ein englischer Sozialdemokrat die Partikels des Schlosses Windsor meidet, wenn er eine höfliche Einladung seines Königs erhält. So kam es denn auch, daß sich der Deutsche Kaiser in London mit einem der englischen Arbeiterpartei angehörenden Politiker lange und eingehend unterhalten konnte, während ihm die Arbeitervertreter seines eigenen Landes schon ausweichen, als fürchteten sie sich vor der Hypnose eines geistvollen Fürsten.

In Süddeutschland hat die rote Farbe der Genossen nicht gelitten, als sie parlamentarische Würde beim Minister oder in zwangloses Beisammensein im Darmstädter Stadtsitzungssaal einmachten. Es mag für beide Teile: für den weltlichen Großherzog von Hessen, wie für den geheilten roten Ulrich aus Offenbach nicht von Nachteil gewesen sein, wenn in einer halbfeierlichen Konversation jeder seine Weltanschauung präzisieren konnte.

Es hat insofern heute keinen Wert, auf diese Seite näher einzugehen; auch hier wird die Zeit Wandel schaffen; man wird in einigen Jahren, wenn man focht, daß die Monarchie, seltsam vollendet, ihre profpräsentation, nach wie vor als Wärmepolster vor Königsthrone einer Revision unterziehen müssen.

Heute hat man noch mit der Abneigung der Sozialdemokratie gegen Hofnähererei zu rechnen. Deshalb hätte man diese Abneigung nehmen sollen als das, was sie ist: als eine kindische Demonstration und ihr nicht eine besondere Bedeutung verleihen dürfen dadurch, daß man das unvollständige Reichstagspräsidium, das wegen einer Audienz anfragt, einfach ablehnt.

Mit dieser Abneigung macht man die Stimmung wahrlich nicht besser! Die beiden fortschrittlichen Abgeordneten, die aus Pflichtgefühl und von dem Gedanken beseelt, den Reichstag arbeitsfähig zu machen, die schwere Präsidentenbürde auf ihre Schultern nahmen, hätten eine andere Antwort von dem Träger der Krone verdient. Wenn sich fortan der Deutsche Reichstag oder dessen freiheitlich gesinnte Mitglieder auf den Standpunkt stellen, daß sie fürderhin (nach dem Vorkauf der Verfassung) gar nicht nötig haben, dem Deutschen Kaiser die Konstituierung des Reichstages persönlich mitzuteilen — denn § 12 der Geschäftsordnung des Reichstages sagt nur, daß die Konstituierung des Reichstages und das Ergebnis der Wahlen durch den Präsidenten dem Kaiser angezeigt werden — mithin also eine schriftliche Mitteilung an den Kaiser vollständig hinreichend ist, so wird man das einem Parlament unter Hinweis auf den vorerwähnten Befehl des Oberhofmarschallamtes nicht verübeln können.

Nicht den Kaiser, sondern Herrn von Bethmann Hollweg, der diesmal auf dem schwarzen Rapen der Rechten seine Attade gegen die Linke reitet, trifft, wie erstensicherweise sehr offen erklärt wird, die Schuld an der bereiteten Audienz. Herr von Bethmann Hollweg hat mit diesem Akt abermals bewiesen, daß er wirklich frei ist von dem modernen Empfinden eines Staatsmannes und daß er ein Fremdling ist in der Sphäre des praktischen Politikers, — was ihm vielleicht, innerhalb der schwarz-blauen Grenzspalte, verloren gegangene Sympathien wieder sichert. Es fragt sich nur, wie lange? — Als modern empfindender Staatsmann dürfte er an der durch „diesen“ Reichstag neu geschaffenen Situation nicht vorübergehen. Denn die Mehrheit, die heute in der Volksvertretung Trumpf ist, besitzt Rechte und Ansprüche, aufgebaut auf der Basis des allgemeinen Wahlrechts; Rechte, die nicht ignoriert werden können.

Vielleicht läßt der deutsche Reichstanzler das Buch des Amerikaners David Hill von dem „modernen Staat“ auf? Hill, der frühere Vorkämpfer der Vereinigten Staaten in Berlin, sagt dort, daß in jedem Stadium des Entwicklungsprozesses neue Rechte geboren werden. „Die Rechte des Kindes, der Erwachsenen, der Eltern, das Erbschaft, politische Rechte und viele andere treten mit der Entwicklung des Individuums und durch dessen sich beständig erweiternde Beziehungen zur Gesellschaft auf.“ Der Staat folgt dem einzelnen in diese neuen Beziehungen, oder vielmehr, er antizipiert dessen Eintritt in dieselben und bereitet sich darauf vor, ihn in ihrem Genuße zu schützen.

Außer seinen Rechten gibt es noch etwas anderes, was dem einzelnen teuer ist und was der Staat oft zu fördern und zu schützen vermag, nämlich seine „Interessen“. Es liegt eine starke Triebfeder für eine Regierung darin, sich der „Interessen“ seiner Angehörigen anzunehmen, selbst wenn sie nicht die Form von Rechten haben, denn es trägt sehr dazu bei, eine Regierung bei denjenigen beliebt zu machen, deren Wünsche sie begünstigt oder fördert.

Herr von Bethmann will aber annehmend weder von „Rechten“ noch von „Interessen“ etwas wissen, er respektiert höchstens die von Gott gewollten Abhängigkeiten, die in diesem Falle von einer Interessengruppe dargestellt werden, unter deren Kuratel sie stellen sich das freiheitlich gesinnte Bürgertum bis zum letzten Atemzug weigern wird.

Der „Tag“ hat Veranlassung genommen, einige Mitglieder des gegenwärtigen Reichstages um ihre Ansicht über die Sachlage zu befragen.

Graf Posadowsky antwortete auf die Frage, wie er über die Ablehnung des Schlußes des Reichstagspräsidiums bei dem Kaiser denke, folgendes: „Das angemessene Reichstagspräsidium war nach der Mitteilung der „Kön. Stg.“ unvollständig. Die Unvollständigkeit des Präsidiums entzifferte der antimonarchische Aufschwung der Sozialdemokratie. Seine Majestät würde demgemäß durch den Empfang dieses unvollständigen Präsidiums den Ausdruck einer antimonarchischen Kundgebung mittelbar entgegengenommen haben.“

Zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten würde es sich unter den gegebenen Verhältnissen vielleicht empfehlen haben, daß sich nur der Präsident des Reichstages zum Empfang gemeldet hätte, was mit dem Wortlaut des § 12 der Geschäftsordnung durchaus im Einklang gestanden hätte würde.“

Der nationalliberale Abgeordnete, Geheimrat Dr. Passke,

der bekanntlich zunächst zum zweiten Vizepräsidenten gewählt worden war, dies Amt aber wieder niederlegte, sprach sich wie folgt aus:

Ich hätte höchlichst höflichen Charakter; es ist genau so, als wenn jemand, der an eine Regierung Berufung will, später beim Regierungspräsidenten seinen Besuch machen will. Weigert dieser sich, den Betroffenen zu empfangen, so ist es vollständig nicht nötig, aber zwingen kann ihn niemand, den Besuch zu empfangen. Die ganze Angelegenheit ist natürlich sehr peinlich. Politisch ist es ohne jede Bedeutung. Sie mit nur die Folge haben, daß man bei der nächsten Wahl des Reichstagspräsidiums vorher beim Kaiser anfragen lassen wird, ob er die Gesamtheit empfangen will. Erst dann werden sie ihre Karten beim Hofmarschallamt abgeben.“

In gleichem Sinne äußerte sich Stadtrat Hildebrand, der Führer der fortschrittlichen Volkspartei: „Die ganze Angelegenheit ist lediglich Privatangelegenheit des Kaisers; sie hat weder parlamentarisch noch politisch irgendwelche Bedeutung; es ist eine Formenangelegenheit, die nur das Oberhofmarschallamt angeht. Es wäre fälschlich, zu glauben, daß das jeweilige Präsidium sein Amt niederlegt, weil der Kaiser die beiden Präsidenten nicht empfangen will.“

Graf Aehrenthal *

Wien, 18. Febr. (Privattelegramm.) Graf Aehrenthal ist Sonntagabend 9 Uhr 45 Min. gestorben.

Graf Alois Lexa v. Aehrenthal ist fünfundfünfzig Jahre alt geworden. Als zweiter Sohn eines deutsch-böhmischen Großgrundbesizers, der mit einer Gräfin Thun-Hohenstein vermählt war, war er am 27. September 1854 in Großhof im Bezirk Thurnau geboren. Als junger Jurist trat er 1877 in die diplomatische Laufbahn ein und arbeitete als Attaché an der Pariser Botschaft unter Buzol, zu deren Zeiten, als Graf Goluchowski, dessen Nachfolger er im Ministerium wurde, Legationssekretär war. Er kam dann als Sekretär an die Botschaft in Petersburg, arbeitete dann mehrere Jahre unter Graf Rasnoff im Wiener Ministerium, wurde 1888 Botschaftsrat in Petersburg und lebte später als Gesandter in Bukarest. Im Jahre 1899 wurde Aehrenthal, der das Russische vollkommen beherrschte, zum Botschafter in Petersburg ernannt. In die Zeit seines dortigen Wirkens fiel der Abschluß des Münchener Vertrag über die Balkanverträge im Jahre 1908 über die Reform in Mazedonien; er begründete ein Ententeverhältnis, das dann durch die von Eduard VII. eingeleitete Politik von Renal in die Krise ging. Dieser Umwälzung sah Aehrenthal bereits auf dem Posten des Ministers des Auswärtigen, den er am 24. Oktober 1906 angetreten hat. Einige Monate später, im April 1907, weilte Graf Aehrenthal in Berlin, wo er vom Kaiser empfangen wurde und Besprechungen mit dem Fürsten Bialow hatte, und traf im Juli und August mit dem damaligen italienischen Minister des Auswärtigen Tittoni in Wien und auf dem Semmering zusammen; damals wurde der Freundschaft mit Österreich erneuert. Der Herbst sah dann Aehrenthal mit seinem russischen Kollegen Sazonoff in Bruchsal zusammen, wo er sich gegen die Zusage, daß Österreich nichts gegen die Öffnung der Dardanellen einzuwenden habe, im voraus die russische Anerkennung der Annexion Bosniens und der Herzegowina verschaffte. Am 5. Oktober 1908 folgte dann die Verkündigung des Annexionsdekrets, und monatelang hielt dann die Gefahr eines Krieges Österreich-Ungarns gegen Serbien und Montenegro, die auf Russlands Unterstützung rechneten, die Welt in Atem. Auch der Vertrag mit der Türkei vom 20. Februar 1909, in dem diese ihre Zustimmung zur Abänderung des Berliner Vertrages ausdrückte, bestärkte die internationale Situation noch nicht. Der Umwälzung trat erst durch die Erklärung ein, die der deutsche Botschafter Graf Botschall Ende März in Petersburg abgab. Im folgenden Jahre hatte Aehrenthal Konferenzen mit dem Reichstanzler von Bethmann Hollweg, der ihm im Februar in Wien einen Gegenbesuch abstattete und von dem österreichischen Minister, der immer etwas nach der Führung im Dreieck strebte, mit dem vielbemerkten „Vertauensvorschuß“ begrüßt wurde. Daraus schlossen sich Zusammenkünfte mit dem San Giuliano in Salzburg, Jihl und Turin und ein Empfang Aehrenthals in Romacino. Alle diese Rundgebungen ließen auch nach Außen erkennen, daß Aehrenthal die Politik seines Landes als überzeugter Anhänger des Dreieckes führte. Mit den Kämpfen um die Fortführung der Politik nach diesen Richtlinien war dann der Rest seiner Amtstätigkeit ausgefüllt. Wenige Wochen nach der Durchführung der bosnischen Aktion erhielt Freiherr v. Aehrenthal das Großkreuz des Österreichischen Ordens und am 18. August 1909, an des Kaisers 79. Geburtstag, den Grafentitel. Graf Aehrenthal war seit 1902 mit einer Ungarin, Gräfin Pauline Secheny, verheiratet, die ihm einen Sohn und zwei Töchter, deren jüngste anderthalb Jahre alt ist, geschenkt hat.

der letzten Stunden

Wien, 18. Febr. Graf Aehrenthal war bis zum letzten Augenblick bei Bewußtsein und traf mit großer Ruhe die letzten Verfügungen und machte die Mitteilung, wo sich der Schlüssel zu dem Kasten befindet, in dem sein Testament aufbewahrt war. Am Sterbelager waren anwesend die beiden Bräuer des Grafen Aehrenthal und mehrere Verwandte, ferner der Sektionschef des Ministeriums des Auswärtigen und mehrere andere Herren des Ministeriums.

Die gesamte Wiener Presse widmet dem verstorbenen Grafen Aehrenthal überaus ehrenvolle Nachrufe. So schreibt das „Freundblatt“: „Der verdienstvolle Leiter unserer auswärtigen Politik war ein Mann, der das Ansehen und die Autorität der Monarchie in Europa gewaltig gehoben hat. Mit

heftem Bedauern und aufrichtigster Trauer sieht man diesen nicht gewöhnlichen Mann aus Amt und Leben scheiden, in einem Moment, wo der politische Horizont nicht wolkenlos ist, und wo man den Verlust eines Lehrenthal doppelt schmerzhaft empfinden wird.

Auf Befehl des Kaisers Franz Josef wird Graf Lehrenthal auf Kosten des Hofes zu Grabe getragen. Den letzten Dispositionen zufolge findet das Begräbnis Donnerstags 1/3 Uhr nachmittags in Anwesenheit sämtlicher in Wien wohnender Erzherzöge und eines Vertreters des Kaisers statt. Nach der Eintragung wird die Leiche nach dem Bahnhof gebracht und mittels Sonderzuges nach dem Familienbesitz der Grafen v. Lehrenthal in Böheim, Duzan, transportiert, wo Freitag nachmittags die definitive Beerdigung stattfinden wird. Von Kaiser Wilhelm ist ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm eingetroffen.

Staatliche Anrufe.

Rom, 19. Febr. Sämtliche Mütter widmen dem Grafen Lehrenthal spaltenlange Artikel, in denen sie den Heimgang des treuen Freundes der Dreihundertjährigen und des aufrichtigen Förderers Italiens, dessen Wahrsamkeit nach kurz vor seinem Tode Triumphe feiern konnte, aufs herzlichste bedauern.

Der neue Mann!

Paris, 19. Febr.

Wie dem Grafen Berchtold gewöhnlichen Preiswürdigungen begehen die Wähler des neuen Ministers, das Verhältniß Österreich-Ungarns zu Russland auf andere Grundlagen zu stellen, als jeher beachtenswert. Sie führen diesen selbstbewußten Bemühungen die sympathische Aufmerksamkeit Frankreichs zu. Auch wird betont, daß dem Grafen Berchtold hierbei die in der Zeit seines diplomatischen Ansehens hier angeknüpften Beziehungen mit Staatsmännern von Bedeutung jetzt sehr zuträglich kommen können. Im Tempus wird der neue Mann besonders warm willkommen heißen.

Deutsches Reich.

Ein Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem bayerischen Prinzregenten.

Aus Anlaß des Stapellaufes des Zinienhiffes „Prinzregent Luitpold“ hat zwischen dem Kaiser und dem Prinzregenten von Bayern nachfolgender Depeschenwechsel stattgefunden:

Prinzregent Luitpold sandte an den Kaiser folgendes Telegramm:

„In Gedanken nehme ich heute freudigen Anteil an dem feierlichen Stapellauf des neuen Zinienhiffes, das meine Namen tragen wird. Mit dem tiefgefühlten Dank für die mir erwiesene hohe Ehrung verbinde ich, von Herzen kommend, Wünsche für das von Eurer Kaiserlichen und Königlich Majestät in weiser Voraussicht stets mächtig geförderte Wachstum der Flotte. Möge das neue, stolze Schiff das Ansehen des Reiches mehren allenthalben, wohin der Befehl Eurer Majestät es senden wird.“

Der Kaiser antwortete dem Prinzregenten folgendermaßen:

„Das Zinienhiff „Erzherzogin“ ist soeben nach vorliegenden Worten seiner Königlich Majestät des Prinzen Ludwig durch Ihre Königlich Majestät Prinzessin Theresie von Bayern, Prinzregent Luitpold“ getauft und glücklich vom Stapel gelassen. Möge das stolze Schiff ein neues Band zwischen Feils und Meer knüpfen, und möge auf seiner Kommando-Brücke und in seinen Decks stets der Geist heldischer Pflichten lebendig sein, der dich zu einem leuchtenden Vorbild für uns alle gemacht hat. Indem ich diesen Wunsch Ausdruck gebe, danke ich dir herzlich für dein heiliges, mit sehr wohlwollendem Telegramm und für die Beglückung, die du so gnädig bei dein Vaterland auf der See bestimmt hast.“

Daraufhin sandte der Prinzregent dem Kaiser die folgende zweite Depesche:

„Bei der Ankunft in meinen lieben Bergen erhalte ich soeben dein überaus gnädiges Telegramm. Indem ich dir hierfür von Herzen dank bringe, drängt es mich, dir noch einmal zu sagen, wie sehr die Erürungen, die du mir am heutigen Tage erwiesen, mich mit Stolz und Freude erfüllen. Möge Gottes Gnad das neue Schiff und die ganze deutsche Flotte allzeit geübt zum Schutz und Schirm unseres deutschen Vaterlandes.“

Die Landräte und die Veranlagungskommissionen.

Die „Berliner Korrespondenz“ wendet sich gegen den Artikel des „Berliner Tageblattes“, in dem der Rücktritt des Ministers des Innern vom 9. Januar 1912 besprochen wird, daß die Landräte als Vorsitzende der Veranlagungskommissionen ernannt sind und bezeugt, die Landräte auf die Bedeutung dieses Zweiges der Tätigkeit erneut hinzuweisen. Die Korrespondenz weist darauf hin, daß der Ersatz seine weitere Bedeutung als andere Erlasse auf anderen Gebieten hat, indem er auf bestimmte mehr oder minder erhebliche Mängel hinweist, die bei einigen Geschäftsrevisionen sich zeigen. Wie in dem Erlasse einerseits die großen Schwierigkeiten dieser Tätigkeit anerkannt werden, so wird andererseits besonders betont, daß gerade die persönliche Führung mit Hand und Leuten und der Einblick in alle wirtschaftlichen Verhältnisse seines Kreises, den ihm seine Stellung vorzugsweise gewährt, den Landrat besonders befähigen, die Steuerkraft der Kreisangehörigen in erster Linie richtig zu beurteilen. Der Ersatz bietet jedoch keineswegs keinen Anlaß zu Schlussfolgerungen im Sinne des Artikels des „Berliner Tageblattes“, das unter Herabsetzung einer aus dem Zusammenhang gerissener Ausdrücke die Angelegenheit so darstellt, als ob nun der Beweis für die mangelhafte und deshalb auf befeitigende Einschaltungstätigkeit der Landräte erbracht und eine grundsätzliche Veränderung in der Organisation unumgänglich nötig sei.

(Diese offizielle Entschuldigung wird kaum jemand überzeugen. Die im Wandel der Geschichte Wängel hängen eben an damit zusammen, daß die Landräte Vorsitzende der Veranlagungskommissionen sind, und werden nicht eher verschwinden, als bis besondere Beamten, welche technisch die Dinge besser besetzen und von den gesellschaftlichen Zusammenhängen mehr losgelöst sind, diese Funktionen versehen. D. Red.)

Prinz Dag von Sachsen — griechische Metropoli?

Nach Wittermeldungen aus Athen beabsichtigt der griechische Metropolit Graf Spathas ein Gesundheitsstudium zu demissionieren. Wie gerüchweise verlautet, soll Prinz Max von Sachsen, der ein vorzüglicher Kenner des griechisch-katholischen Ritus und der rufmässigen Verhältnisse ist, und der auch der ukrainischen Bewegung sympathisch gegenübersteht, zu seinem Nachfolger ernannt werden. Der letzte Besuch des Prinzen in Lemberg soll zum ersten Mal im Zusammenhang stehen. Angeblich beschäftigt sich der Prinz jetzt eifrig mit dem Studium der russischen Sprache.

40. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

(Nachdr. verb.) S. & H. Berlin, 16. Febr.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat führte heute seine Beratungen zu Ende. Der erste Gegenstand der heutigen Verhandlungen war das Referat von Dr. Engelbrecht (Obernberg) über „Ursprung und Verbreitung der kleineren Feuerversicherungsvereine“. Der Referent stellte hierzu folgenden Antrag: „Der Deutsche Landwirtschaftsrat spricht den Wunsch aus, daß nähere Nachrichten über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Feuerversicherungsvereine in den nordischen Ländern (Dänemark, Schweden und Norwegen) durch den dortigen landwirtschaftlichen Sachverständigen gesammelt und veröffentlicht werden.“ Der Antrag wurde ohne Diskussion angenommen.

Als neuer Punkt wird auf die Tagesordnung gesetzt: „Stellungnahme zur sozialdemokratischen Jugendbewegung“, wozu eine Resolution vorgelegt wird, die sich gegen die sozialdemokratische Jugendbewegung wendet und durch Herausgabe eines Buches, einer Haus- und Herdbüchel, der Gefahr begegnen zu können glaubt.

Wie jetzt ist auf dem Gebiete für uns noch nichts verloren, aber wir müssen mitarbeiten, wir wollen doch, daß das, was unseren Vätern hoch und heilig war, auch unseren Kindern heilig bleiben soll. (Beifall) Wir wissen ja, wie leicht die Kinderseelen in der heutigen Zeit verführt werden, und daher müssen wir sie wappnen und fassen, zumal dann, wenn sie sich anfangen, hinauszuweichen in die weite Welt. Wenn sie das nur wollen, dann können wir sie ja nicht halten. Aber wenn sie hinausgehen, dann wollen wir trachten, daß sie heimatslos hinausgehen, und dann heimatslos wieder zurückkehren, nachdem sie vielleicht draußen erkrankt haben, daß die Luft auf dem Lande und der Frieden auf dem Lande weit wertvoller ist als die Unruhe und die Verderbnis der großen und weiten Welt. Ich bitte daher die Resolution anzunehmen. (Anhaltender großer Beifall.)

Der Vorsitzende dankte dem Referenten Herrn Landrat A. K. H. in q für seine Ausführungen und bat, der Resolution zuzustimmen.

Graf v. Rangkau (Rastorf) führte u. a. aus: Wir haben hier keine hohe Politik zu treiben, wir sind hier befragt um das Wohl der deutschen Landwirtschaft, dazu gehört aber auch, daß wir die deutsche Landarbeiterschaft zu ihrem eigenen Besten möglichst lange von der Betörung durch die Sozialdemokratie fern halten. Aus dieser Erwägung heraus stimme ich der Resolution mit Freuden zu. (Beifall) Der Vorsitzende dankte dem Referenten Herrn Landrat A. K. H. in q für seine Ausführungen und bat, der Resolution zuzustimmen.

Graf v. Rangkau (Rastorf) führte u. a. aus: Wir haben hier keine hohe Politik zu treiben, wir sind hier befragt um das Wohl der deutschen Landwirtschaft, dazu gehört aber auch, daß wir die deutsche Landarbeiterschaft zu ihrem eigenen Besten möglichst lange von der Betörung durch die Sozialdemokratie fern halten. Aus dieser Erwägung heraus stimme ich der Resolution mit Freuden zu. (Beifall) Der Vorsitzende dankte dem Referenten Herrn Landrat A. K. H. in q für seine Ausführungen und bat, der Resolution zuzustimmen.

Der folgende Punkt der Tagesordnung betraf die Stellungnahme zu der Erhöhung des Ausführungsentgeltes für russischen Zucker. Es soll bei der russischen Regierung dahin gewirkt werden, die Ausführungsentgelte abzuschnitten. Der Antrag wurde angenommen. Die Besprechung nahm jedoch die Berichte über die Tätigkeit der Handelskommissionen entgegen und beschäftigte sich schließlich noch mit der Frage der Raubfischerei an Wolffischen. Der stellvertretende Vorsitzende Freiherr v. Cetto (Reichertshausen) schloß hierauf die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in der er erklärte, die schweren Wollen, die sich zurzeit über unser deutsches Vaterland angehängelt haben, würden sich hoffentlich zersetzen, ohne daß es zu einer Gemitterentladung komme.

Danktelegramm des Vereins Hamburger Redder.

Die ungünstigen Eisverhältnisse dieses strengen Winters haben eine große Reihe von Schiffen in eine mühselige Lage gebracht, so daß in den letzten Wochen unsere Kriegsmarine zum Teil auf Ansuchen der Reedereien, in zahlreichen Fällen zur Hilfeleistung herangezogen worden ist.

Aus Kiel wird gemeldet, daß die Zinienhiffe „Wormern“ und „Schleswig-Holstein“ den Großen Belt bis Sprog abgeholt und da sie keine Fahrzeuge mehr in Eis- oder Seeroot angetroffen haben, zurückgekehrt sind. Wie das Kirchliche Telegraphenbureau hier, hat der Verein Hamburger Redder folgendes Telegramm an den Staatssekretär des Reichsmarineamts gerichtet:

„Euer Ergehen haben auf unsere ergebene Bitte am 13. Februar eine Anzahl Kriegsschiffe zur Befreiung unserer Dampfer aus dem Eise der Dnie entkam. Ein Ergehen wollen gestatten, daß wir für die gültige Erfüllung unserer Bitte hiermit unseren ergebenden und verbindlichsten Dank abstrafen. Verein Hamburger Redder. Balfin, Lübeck.“

Der 70. Geburtstag des Reichstagspräsidenten Kämpf.

Der Präsident des Reichstagespräsidenten Kämpf feierte, wie bereits gemeldet, Sonntag seinen 70. Geburtstag. Unter der Fülle von Glückwünschen war auch ein in den herzlichsten Worten gehaltenes Schreiben des Reichstagspräsidenten, ferner des Handelsministers Sydow, und der Staatssekretäre Deibitz und Wermuth. Oberbürgermeister Dr. Kirchner gratulierte persönlich. Die juristische Fakultät der Universität Berlin ernannte den Reichstagspräsidenten Kämpf anläßlich seines 70. Geburtstages zum Ehren doktor. (Die Ernennung zum Ehrendoktor erfolgte auf Befehl der juristischen Fakultät der Universität Berlin vom 28. Dezember 1911 wegen ihrer literarischen Verdienste auf dem Gebiete des Geld-, Bank- und Börsenwesens in Deutschland.)

Parteinachrichten.

Landesberg a. M., 17. Febr. Im Wahlkreis Friedeberg-Annasowde stellten die Konserativen für den verstorbenen Landesoberpräsidenten Hof den Gouverneur a. D. v. Schumann als Kandidaten auf.

Hof- und Personalnachrichten.

Nach den bis jetzt feststehenden Reihenfolgepositionen des Kaisers trifft das Kaiserpaar mit der Prinzessin Alexandra Luise in der zweiten Woche zum alljährlichen Frühjahrsaufenthalt in Wiesbaden ein. Am Hofstaube sollen während des kaiserlichen Besuchs wieder vier Festvorstellungen stattfinden.

Wie die „Meer Zeitung“ erfährt, soll der Bruder des Staatssekretärs, der seit einiger Zeit in Urlaub befindliche Reichsminister Jörn von Bünau, für das Erzstiftum Gießen als Reichsminister sein. Als neuer Straßburger Reichsminister ist Nikolaus Müller-Siemens ernannt, der in charitativen Bestrebungen sich hervorragend betätigt hat und schon vor Jahren zum Doppräsidenten in Straßburg ernannt worden ist.

Ausland.

Die deutsch-englischen Beziehungen.

Halbans neueste Rede.

London, 19. Febr. Auf einem Festbankett, das von der Londoner Universität veranstaltet wurde, hielt gestern Lord Halbans eine Rede, in der unter anderem verhandelt wurde: Ich wünsche nichts begreiflicher, als über Berlin zu reden, da die Nachricht verbreitet worden war, daß ich mich (indem ich nach Deutschland Reichsminister werden werde) nach Berlin stellen würde. Ich habe mich mit ihnen unterhalten über verschiedene Fragen. Wir haben nicht nur die Ereignisse von deutschem und englischem Standpunkt aus betrachtet, sondern wir haben uns auf einen ebeneren Standpunkt gestellt, nämlich auf den des Weltalls. Ich hatte Gelegenheit, mit eingehendem Kenntnis über die Art und Weise, wie die Ereignisse von beiden Seiten betrachtet wurden, zu verfügen. Unsere Beziehungen waren nicht nur sehr offen, sondern ich glaube, daß ich nichts vergessen haben werde. Dies ist alles, was ich Ihnen über meinen Berliner Aufenthalt sagen kann, und es ist in der Tat sehr viel.

Ein in verantwortlicher Stellung befindlicher türkischer Staatsmann sagte dem Londoner Korrespondenten der „Zeitungs-Zig.“: Die Türkei verfolge mit Interesse die deutsch-englischen Verhandlungen, denen sie sympathisch gegenüberstehe. Sie wünsche, daß diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen möchten, da sie davon eine günstige Rückwirkung für die Türkei erwartet, während die latente Feindschaft zwischen Deutschland und England eine eminente Gefahr für das osmanische Reich bedeute.

Unruhen in Innerafrika.

London, 19. Febr. Ein Telegramm einer hiesigen Agentur berichtet über einen erneuten Aufbruch, welcher in der Nähe des Albert Niang-Sees im Süden der kongoischen Provinz stattgefunden habe. Es sind in der Nähe der kongo-englischen Grenze 200 Eingeborene getötet worden, während mehrere hundert in dem See ertranken. Unter den Verunglückten befindet sich auch der König des Bezirkes von Nalanga mit seinen Anhängern. Das Gerücht, daß drei Europäer getötet worden seien, ist unrichtig. 200 Mann belgische Truppen sind bereits im Dezember nach dem Bezirk abgegangen und haben die Ordnung wieder hergestellt. Der erwähnte Bezirk befand sich vorher unter englischer Verwaltung, ist aber inzwischen gegen einen anderen Bezirk gelegentlich der Grenzregierung zwischen Uganda und Kongo ausgetauscht worden. Die belgische Regierung wird einen anderen Chef bezeichnen, der das Gebiet regieren soll.

Der Tripoliskrieg.

Der winkende Friede.

Italien muß auf die Cyrenaika verzichten.

Unser Pariser Korrespondent telegraphiert uns: Die Agence Orientale verifiziert aus glaubhafter Quelle, daß bei den Besprechungen, welche augenblicklich von Vertretern der Mächte in Rom zwecks Beilegung des Konfliktes zwischen Italien und der Türkei stattfinden, der italienischen Regierung der Rat erteilt worden sei, ihre Absichten auf die Cyrenaika aufzugeben, damit die Besprechungen mit Erfolg in Konstantinopel weitergeführt werden könnten. Die Worte sind wie immer getriggert, nur dann ernstlich, Friedensverhandlungen zu beginnen, wenn die Drohhöhe des Sultanens in den ersten vier Wochen des Monats aufrecht erhalten bleibe, und erkläre, ein Waffenstillstand könne nur erfolgen, wenn die italienischen Streitkräfte aus einer der beiden Provinzen zurückgezogen würden. Andererseits ist man in türkischen Kreisen fest überzeugt, daß der italienische Plan, eine energische Aktion in die Wege zu leiten, auf den Widerstand mehrerer Mächte stoßen würde, welche ein Interesse daran haben, daß der jetzige Konflikt zu keinen internationalen Verwickelungen Anlaß gäbe.

Nach einer Meldung der „Neuen Freien Presse“ in Wien wurde in Matka, wurde die Gestalt von Zengur nach fünf hündigem heiderseits verlustreichen Gefecht von den Italienern erobert.

Zwei russische Spione verhaftet. In Lemberg wurden zwei russische Spione verhaftet, in deren Besitz man Beweismaterial für ihre Beziehungen zum russischen Geheimdienst in Warschau gefunden hat.

Der englische Bergarbeiterstreik.

London, 18. Febr.

Die Besorgnisse wegen des Grubenarbeiteranstandes nehmen immer mehr zu. In industriellen Kreisen glaubt man, angefaßt der Entschlossenheit, welche auf beiden Seiten herrscht, daß es nicht leicht sein werde, diesmal den Ausstand zu verhindern. Die Grubenbesitzer glauben, schwerwiegende Interessen daran zu haben, daß die bestehenden Arbeitsverträge und die Lohnsätze in Kraft bleiben. Die Arbeiter ihrerseits erklären, daß sie auf keinen Fall die Arbeit wieder aufnehmen würden, solange nicht ein Mindestlohn eingeführt sei und die bestehenden Verträge gelöst wären.

